

II- 3985 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 20. FEB. 1975

A n f r a g e  
No. 1943/J-----

der Abgeordneten Dr.ERMACORA, *Dr. Blenk*  
und Genossen  
an den Herrn Bundesminister für Justiz  
betreffend Ausschreibung staatsanwaltschaftlicher Dienstposten

Durch die Anfrage vom 28.11.1974, 1880/J-NR/1974, und die dies-  
bezügliche Beantwortung des Herrn Bundesministers für Justiz  
vom 24.1.1975, GZ. 7614-20/74, konnte die Sach- und Rechtslage  
in Zusammenhang mit dem Anfragethema noch nicht hinreichend  
geklärt werden.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundes-  
minister für Justiz folgende

A n f r a g e :

- 1) Sind Sie, bzw. ist Ihr Ressort im Begutachtungsverfahren  
anlässlich der Ausarbeitung des nunmehrigen Ausschreibungs-  
gesetzes, BGBl. Nr. 700/1974, gehört worden?
- 2) Wurde damals durch entsprechende Hinweise seitens des  
Justizressorts nachdrücklich genug hervorgehoben, daß bei  
Gesetzwerdung des damaligen Entwurfes eine unbefriedigende  
bzw. unklare Rechtslage eintreten werde (unterschiedliche  
Behandlung gleichartiger Dienstposten bei der Ausschreibung)?
- 3) Ist inzwischen die von Ihnen zu Punkt 2) Ihrer Anfrage-  
beantwortung angekündigte Fühlungnahme mit dem für Dienst-  
rechtsangelegenheiten gegenwärtig allein zuständigen Bundes-  
kanzleramt erfolgt und besteht Aussicht, daß sich das Bundes-  
kanzleramt den von der Justiz gegebenen Anregungen auch  
anschließen wird?

- 2 -

- 4) Punkt 3) Ihrer Anfragebeantwortung gibt insoferne zu Mißverständnissen Anlaß, als die bisherige Ausschreibungspraxis wohl im Hinblick auf das Ausschreibungsgesetz, BGBl. Nr. 700/1974, nicht in allen Fällen uneingeschränkt wird fortgesetzt werden können. Werden Sie bei Ihrer - in Berücksichtigung dieser Umstände zu formulierenden - Einladung an die Behördenleiter auch klarstellen, ob die von Ihnen angesprochenen "Besetzungsvorschläge" sich jeweils nur auf eine Person beziehen, oder in Anlehnung an die für Richter geltenden Bestimmungen des Art. 86 Abs. 2 B-VG auch mehrere Personen enthalten sollen?